

**Protokoll der Sitzung des JHA
vom 22. November 2018**

Zeit: 14:30 Uhr – 17:20 Uhr

Ort: Senatorin für Finanzen – Raum 208

Teilnehmer/-innen und Gäste:

s. Anwesenheitsliste

Vorsitz: Herr Möhle

Protokoll: Herr Möller

Bremen, den 08.01.2019

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 2: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

keine

TOP 3: Protokoll der Sitzung vom 25.10.2018

Das Protokoll wird in der vorgelegten Fassung genehmigt.

TOP 4: Bericht zum Stand der Versorgung, Betreuung, Teilhabe und Integration unbegleiteter minderjähriger Ausländer*innen(umA)

Auf die Erörterung in der vorangegangenen Sitzung des LJHA und das entsprechende Protokoll wird verwiesen. Dort heißt es:

Herr Casper entschuldigt den, auf Grund notwendiger Abstimmungsprozesse, späten Versand der Vorlage, teilt mit, dass das Vorblatt insoweit zu korrigieren sei, als dass der Bericht mit dem Innenressort abgestimmt und geeint sei, führt sodann in die Vorlage ein und verweist besonders auf die dargestellten Mengengerüste, die die Leistungen der Jugendhilfe verdeutlichen. Herr Casper stellt fest, es sei davon auszugehen, dass viele dieser Jugendlichen in Bremen bleiben werden, welches die Herausforderungen im Zusammenhang mit Wohnraumbeschaffung, Integration, Teilhabe, Ausbildung etc. deutlich mache. Dieser Bericht zahlreicher Senatsressorts unterstreiche, dass der Senat dieses als seine Gesamtaufgabe ansehe. Schließlich berichtet Herr Casper, das Phänomen der Schulvermeidung sei weiterhin im Blick zu behalten, hingegen gebe es in Bezug auf Delinquenz und Radikalisierung keine, durch die Polizeien Bremen und Bremerhaven bzw. das Landesamt für Verfassungsschutz festgestellten signifikanten Probleme bzw. Erkenntnisse. Im Zusammenhang mit Delinquenz liege die Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) bei den Jugendlichen unter dem entsprechenden Wert für in Deutschland geborene Minderjährige.

Auf Nachfragen erläutert Herr Casper, in Bezug auf Altersfeststellungen werde, wie aber auch bereits in LJHA und JHA berichtet, im Rahmen der durch Urteile des OVG Bremen gesetzten Standards verfahren. In Bezug auf Rückkehrer*innen stellt er fest, durch die erfolgte Umverteilung gemäß der bundesgesetzlichen Vorschriften sei das Jugendamt am Zuweisungsort rechtlich bindend zuständig, wie auch die Personensorge dort verortet sei, natürlich berge das Entweichen und die Rückkehr nach Bremen Risiken hinsichtlich Schulbesuchs sowie weiterer Aspekte der Versorgung in sich, die jedoch nur in Verantwortung des zuständigen Jugendamts gelöst werden könnten.

Im Verlauf der weiteren Erörterung wird in Bezug auf die vormals geplante Einrichtung zur fakultativ geschlossenen Unterbringung festgestellt, dass die seinerzeit festgestellte Problematik zum Teil gar nicht mehr vorhanden sei, andererseits sich die Jugendhilfe zwischenzeitlich auch konzeptionell weiterentwickelt habe und nunmehr Perspektiven für bedarfsgerechtere Angebote und stationäre Hilfen geschaffen habe. Für die Verbände und Träger hebt Herr Edwards deren Leistungen besonders hervor und signalisiert deren Bereitschaft, sich an der weiteren Berichterstattung zu beteiligen.

Auf Nachfrage in Bezug auf die Szenarien angesichts rückläufigen Zuzugs von umA wird in Bezug auf die Perspektiven des Fachdienstes Flüchtlinge und Integration und anderer Bereiche im AfSD seitens Herrn Diener mitgeteilt, dass der veränderten Situation selbstverständlich Rechnung getragen werde, indem bedarfsentwicklungsadäquate Anpassungen im Personalbereich vorgenommen würden. So ist beispielsweise im Bereich der Amtsvormundschaft aufgrund des deutlichen Rückgangs der Mündelzahlen schon ein Personalrückbau durchgeführt worden. Ähnlich müssten im Bereich OJA Analysen in Bezug auf die Bedarfsgerechtigkeit der sozialräumlichen Angebote durch Zuzug zugewanderter Junger Menschen vorgenommen und entsprechende Rückschlüsse gezogen werden. Und schließlich gelte es auch, den Bereich der stationären Hilfen zur Erziehung besonders in den Blick zu nehmen, um hier angesichts der veränderten Situation die entsprechenden Umplanungen, Umwidmungen, Umstrukturierungen entsprechend der in Bremen festzustellenden Bedarfe vorzunehmen. In diesem Zusammenhang weist Herr Diener auf die Bildung der Unterarbeitsgruppe „Bremer leben in Bremen“ der AG gem. § 78 SGB VIII hin. Ein entsprechender Bericht dieser UAG könne in absehbarer Zeit vorgelegt werden.

Teilnehmer/-innen an der Debatte:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 5: Statusbericht III

Der Tagesordnungspunkt wird aufgerufen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: . / .

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Status III bezüglich der Angebote zur Tagesbetreuung für Kinder zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 6: Ablaufplanung für das Kindergartenjahr 19/20

Herr Jablonski erläutert, die Anlage 1 sei eine Vorfassung und versehentlich versandt worden. Auf Seite 4 müsse es statt „soll erprobt werden“ - „Die Erprobung soll weitergeführt werden“ heißen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: . / .

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Ablaufplan zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 7: Berichte der Verwaltung:

keine

TOP 8: Verschiedenes

- Die Frage nach einer erfolgten Absenkung von Verwaltungskostenpauschalen wird aufgeworfen, ohne dass benannt werden kann, in welchem Bereich dieses erfolgt sein soll. Herr Ziegler vermutet, dieses könne sich auf soziale Gruppenarbeit beziehen. Frau Frank weist auf die Möglichkeit einer Entscheidung eines CA im Zusammenhang mit OJA hin. Es wird vereinbart, künftig derartige Fragen konkret und präzise zu formulieren und an die Verwaltung zu richten. Die Verwaltung berichtet danach direkt an die Fragesteller oder in der nächsten Sitzung des JHA
- Herr Edwards kündigt eine Information über Kinderschutz in Sportvereinen an und weist auf eine entsprechende Broschüre hin.

für das Protokoll:

Arnd Möller